

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (bei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle und Redaktion: Wärbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfach: Dresden Nr. 18600  
Erscheinungstermine: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde  
Anzeigenpreis: Die neuzeitlich getriebene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM, in Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Anzeige 1,50 RM  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Wärbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen Häusern (behalten bleibt) kein Anbruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Abonnements

6. Jahrgang Dresden, Montag den 10. März 1930 Nummer 58

Im Zeichen des Youngplans, des Arbeitermordes und der Massenausplünderung:

## Bedingungsloses Koalitionsangebot der SPD

Wettlauf zwischen sächsischen National- und Sozialfaschisten um die Herrscherrolle am Proletariat

### Arbeiterblut als Koalitionsfitt

SPD-Arbeiter, heraus aus der Partei der Großen Koalition und des Arbeitermordes! Hinein in die KPD!

Dresden, den 10. März 1930.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Sachsens und der Landesarbeitsausschuss haben an den Landesvorstand der Deutschen Volkspartei am Sonnabend die schriftliche Frage gerichtet, ob die Deutsche Volkspartei bereit sei, mit der Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen zum Zwecke einer gemeinsamen Regierungsbildung einzutreten. Das Schreiben ist unterzeichnet von den „radikalen Linken“ Edel und Böchel. Die schriftliche Anfrage erfolgte bedingungslos, also ohne Beifügung eines sogenannten „Minimalprogramms“.

Die Vertretertagung des Landesverbandes Sachsens der Deutschen Volkspartei hat am Sonntag zum sozialdemokratischen Regierungsangebot Stellung genommen und das Angebot abgelehnt.

Eine am Sonnabendabend in den Innensälen stattgefundene Kundgebung zum Internationalen Frauentag war überfüllt. Als die Versammlungsteilnehmer nach Schluß der Kundgebung den Saal verließen, stürzten sich ohne jeden Grund ein paar Dutzend Faschisten auf die ruhig und einzeln des Weges gehenden Arbeiter und Arbeiterinnen und schlugen wahllos alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Gleich darauf befehlten einige Hundertfaschisten das ganze Stadtinnere und machten fortwährend Gummiknüppelattaden. Wiederum wurden Verhaftungen vorgenommen. Auch am heutigen Tage wurde bereits am frühen Morgen der Arbeitsnachweis in der Altstadt polizeilich befehlt.

In der sächsischen „Reisbühn“ hungern Zehntausende Erwerbslose. Zehntausende Arbeiter und Arbeiterinnen können unter der Krute der Rationalisierung, die alle sollen stillschweigend verdeden. Währenddessen schütten die sächsischen Industriellen 10 bis 15 Prozent Dividenden aus, wäscht ihr Reichtum im Verhältnis zur Verelendung und Verarmung der werktätigen Massen. Zum Schutze des Geldjades attackieren Draußen auf den Straßen die Kaskaden der Blücker-Regierung jeden, der einen Arbeitsmittel trägt, in Dresden unter dem Kommando eines rechts, in Leipzig eines „links“ sozialdemokratischen Polizeipräsidenten.

In diesem Augenblick, wo Arbeiterblut fließt, wo der Youngplan mit Arbeiterblut gestiftet wird, wo die Diktatur der Finanzmagnaten die schrecklichste Klassenfrage zeigt, richten die „linken“ Sozialdemokraten ihr offizielles Koalitionsangebot an die sächsischen Industriekritiker, an die Herren der Volkspartei. Sie haben in den letzten Tagen ihre Regierungsfähigkeit bewiesen. Ihre Presse heulte zum Arbeitermord, ihre Presse forderte die Polizeiatlanten, ihre Presse forderte Verhaftung kommunistischer Funktionäre, ihre Presse jauchte über die Massenverhaftungen und vergossenes Arbeiterblut. Diese „linken“ Sozialfaschisten sind so eifrig, ihren nationalfaschistischen Kampagnen als Regierungspartei die Herrscherrolle am Proletariat freitig zu machen, daß sie

die Verhandlungen mit der Volkspartei bedingungslos führen wollen, ihr „Minimalprogramm“ erst aufsetzen, nachdem sie die Wünsche der Bourgeoisie sondiert haben. Das angefordigte „Regierungsprogramm“ wurde am vorigen Donnerstag nicht beschlossen, wie pathetisch angekündigt wurde. Was übrig blieb, ist ein erbärmlicher Bittgang zu den Trüfsmagnaten. Niemals trat die wechselseitige und ergänzende Rolle des Sozial- und Nationalfaschismus als Hilfstuppe des Kapitals

schärfer in Erscheinung als jeht. Die Nazis machen alle Anstrengungen, eine Regierung der völksparteilichen Reichsstände zu handhaben und erklären ihre Unterstützungsbereitschaft. Die „linken“ Sozialdemokraten erklären ebenfalls ihre Koalitionsbereitschaft. Bei dem Wettlauf zwischen beiden wird die Preisenerkung nicht von ihnen, sondern von jenen abhängen, die ihre Auftraggeber sind, von den bürgerlichen Parteien.

Der ablehnende Bescheid der Volkspartei ist eine schallende Ohrfeige für die Böchel und Edel.

Es ist aber gleichzeitig ein Randver, die regierungsbereiten Sozialisten nicht zu pressen, sie zu zwingen, selbst auf die „linken“ Faschisten zu verzichten.

Erkennen die sozialdemokratischen Arbeiter noch nicht, was es mit ihren „linken“ Führern auf sich hat? Daß diese „linken“ Führer sich von den Sozialisten und Faschisten nur nach dem gegenwärtigen „links“ Faschisten unterscheiden? Wollen sie noch länger einer Partei angehören, die das offene Regierungshandeln mit der Konterrevolution und den blutigen Kampf gegen das revolutionäre Proletariat und seine Partei auf die Fahne geschrieben hat?

Darum Massenaustritt aus der SPD — der Partei der Großen Koalition und des Arbeitermordes!

Hinein in die Partei des revolutionären Klassenkampfes! Rote Betriebsräte, statt der Funktionäre der sozialfaschistischen Koalitionsparität! In Betrieben und auf den Stempelstellen Massenprotest, Massenstreik gegen die blutigen Polizeiprozokationen, gegen die antikommunistische Wuthehe von Klingler bis Edel, gegen die fortwährenden Massenverhaftungen!

Dresden, den 10. März.

In den entferntesten Städten Sachsens machen sich die Erwerbslosen marschbereit für den Hungermarsch nach Dresden. Die Arbeitslosigkeit steigt unausgesetzt. Wärien in Dresden sind 85 500 Erwerbslose. Eine Riesenzahl Hungernder, im Elend verkommen der Menschen, die noch weiter anwachsen wird. Besonders rasch angewachsen ist die Zahl der Ausgewanderten. Rund 16 000 Erwerbslose erhalten keine Unterstützung. Diese riesige Hungerarmee kann durch nichts von ihrem Kampf um ein Stückchen Brot abgehalten werden und täglich laufen bei uns neue Willensentscheidungen ein, den 13. März durchzuführen.

In Leipzig, Plauen, Grimma, Zittau und anderen Orten haben sich bereits Trupps Erwerbsloser in Marsch gesetzt. Die bürgerliche Presse meldet schon „Siege“ der Polizei gegen den Hungermarsch. Der Dresdner Anzeiger schreibt, daß der Hungermarsch bereits „geheiter“ sei. Nun, sie haben es notwendig, diese Pressepropaganda, ihre Lüge anzulügen; denn das hat bisher immer noch die besten Geschäfte für die Bourgeoisie eingebracht. Aber die Erwerbslosen werden dem Dresdner Anzeiger schon beweisen, wer „geheiter“ ist. Denn der Hunger läßt sich nicht „verbieten“, und die Kampfmethoden, die Kampfmittel gegen den Hunger werden von den Arbeitern angewendet, wie es notwendig ist — trotz Belagerungszustand, Polizeiterror und Lügenhege.

Gefesselt abgeführt wie Schwerverbrecher

Zittau, 9. März (Eig. Drahtbericht). Am Donnerstag wurden die Genossen Kotbarth, Wehner und eine Anzahl andere Arbeiter Zittaus verhaftet. Den

### Weiter vorwärtsstoßen!

Von Rudolf Kenner

Am Vormittag des 4. März schrieb der Dresdner Anzeiger zu den Hungeraufmärschen der Erwerbslosen: „Die Kraftprobe“. Er bezeichnete diese Demonstration und das gegen sie verhängte Verbot als eine Kraftprobe zwischen dem kapitalistischen Staatsapparat und den Massen der hungernden Erwerbslosen und den ausgebeuteten, von Lohnsabbat, Schenmpo und Erwerbslosigkeit bedrohten Betriebsarbeitern. Der Anzeiger schwingt schon sehr große Töne. Die Arbeiter betrachten diesen Aufmarsch noch keineswegs als eine unglückliche und entscheidende Kraftprobe. Wenn die „Kraftprobe“ auf der Tagesordnung steht, dann werden nicht schwerbewaffnete Sipos gegen waffenlose Arbeiter stehen. Aber wenn das am Donnerstag, wo die Arbeiter Sachsens um ihr Recht auf die Straße kämpfen, eine Kraftprobe war, dann haben die Arbeitermassen diese Kraftprobe heldenhaft und mit gewaltigen Erfolgen bestanden. Es ist verständlich, daß die Kapitalisten, daß die bürgerliche Presse, daß die Presse der Sozialdemokraten diesen Erfolg der Arbeiter über den kapitalistischen Staatsapparat betrachten will. Sie muß dies machen. Nicht weil die Kapitalisten und ihre bürgerlichen, sozialfaschistischen und faschistischen Trabanten und Schreibersfrachten der Meinung seien, die Arbeiter seien niedergebungen, o nein, sie wissen ganz gut, am Donnerstag, dem 4. März, war der Erfolg auf Seiten der revolutionären Arbeiter und der Kommunistischen Partei. Die Pressebanditen des Kapitals schreiben so, um die Arbeiter zu verwirren, sie einzuschüchtern, den Glauben an ihre Kraft zu zermürben. Doch das ist ein vergebliches Unterfangen. Die revolutionären Arbeiter haben am Donnerstag die Straßen behauptet, sie haben gegen die Staatomacht gehalten und dieser zum Teil empfindliche Niederlagen beigebracht.

In Chemnitz, in Leipzig behaupteten die Arbeiter die Straßen, zogen in Demonstrationen durch die Stadt. In Schwarzenberg, in Zittau, in Heidenau und in Dresden schrien die Arbeiter dem brutalen Terror der Polizei einen nicht zu brechenden Widerstand entgegen. In den Randbezirken Dresdens entfalteten die Arbeiter eine bemerkliehe, der Polizeistärke überlegene Taktik im Aufbringen in das Stadtzentrum. Hier, geschlossen und seit aufbrechend behaupteten sie gegen alle Angriffe die Straßen bis spät in die Nacht. Seit 1923

## Der Hungermarsch beginnt

Erwerbslose auf dem Wege nach Dresden — Polizei bereits in Aktion — aber der Hunger stärker als Belagerungszustand!

Genossen Kotbarth haben die Grünen wie einen Schwerverbrecher gefesselt abgeführt. Nachts brachen die Grünen wie die Skolaten, einfach in die Buchhandlung ein und verhafteten den Genossen Wehner. Das spartakistische auf das klarste, daß alle Demokratie vor die Hunde gegangen ist und immer offener noch echter Räubermonarchie gekämpft wird. Die Arbeiter müssen darauf antworten mit Massenaustritt in die Kommunistische Partei, die allein gegen die Bestialität des Kapitalismus ankämpft.

### Hinweg mit dem Landtag!

Linke SPD verteidigt den durch Hungerregierung verhängten Belagerungszustand

Wesdel hat die Forderung der kommunistischen Fraktion, den Landtag einzuberufen, um gegen den Belagerungszustand Stellung zu nehmen, abgelehnt mit der lächerlichen Begründung, auf Grund der Richtlinien sei es nicht möglich, den Landtag einzuberufen. Nunmehr erklärt die kommunistische Fraktion in einem neuen Schreiben, daß der Landtag sich praktisch selbst ausschalte, da er zu einer solchen Willkür der Regierung, wie die Verhängung des Belagerungszustandes, nicht Stellung nimmt. Natürlich hat die „linke“ SPD durch das Verhalten Wesdels die Verhängung des Belagerungszustandes durch die Hungerregierung unterstützt, um sich als koalitionswürdig zu erweisen. Nun fordert aber die kommunistische Fraktion, weil sich der Landtag selbst ausschaltet, die Beratung des bereits vorliegenden Aufstellungsantrages. Die Arbeitermassen müssen überall die Forderung erheben: Hinweg mit dem Landtag!

Heute Abend antwortet das gesamte Dresdner Proletariat durch Massenbesuch der öffentlichen Protestkundgebungen der Kommunistischen Partei gegen Belagerungszustand in den Blumenklee, Watzke's Etablissement, Bürgergarten und Gasthof Niedersiedlitz. 19.30 Uhr Beginn der Kundgebung. Gestaltet Sie zu einem Proteststurm!